Wendelin Ettmayer (\*)

**Der UKRAINE-KRIEG HAT DAS EUROPÄISCHE FRIEDENSPROJEKT AUF DEN KOPF GESTELLT**

Nach dem Kalten Krieg wurde die neue Sicherheitsordnung in Europa gegen Russland aufgebaut. Der Kampf um Einflusssphären führte zum Krieg in der Ukraine; das europäische Friedensprojekt wurde auf den Kopf gestellt. War die Integration Europas nach dem Zweiten Weltkrieg darauf begründet, zwischen alten „Erbfeinden“ Frieden zu schaffen, so wollten nunmehr, insbesondere die neuen Mitglieder der Europäischen Union, mit amerikanischer Unterstützung Moskau in die Schranken weisen. Die Ausdehnung der NATO bis an die Grenzen Russlands spielte dabei eine entscheidende Rolle. Aus der europäischen Integration, die ein in der Geschichte wohl einmaliges Friedensmodell darstellte, wurde eine Kriegsallianz.

1. **Das Friedensprojekt Europa-die Revolution in der europäischen Diplomatie**

Mit der Gründung des Europarates im Jahre 1949 hat eine „Revolution in der europäischen Diplomatie“ stattgefunden. Ziele und Mittel der Außenpolitik der Mitglieder des Europarates haben sich grundsätzlich geändert: 1000 Jahre lang war Außenpolitik Machtpolitik. Es ging um die Vergrößerung der Macht des eigenen Landes, um den Ruhm seines Herrschers. Als Mittel dazu dienten Realpolitik, Staatsräson und Krieg. Nunmehr wurde die traditionelle Machtpolitik durch eine Politik der Zusammenarbeit zum Wohl der Bürger ersetzt: Aus Warfare wurde Welfare, aus Konfrontation wurde Kooperation, Human Security wurde wichtiger als National Security.

In den USA hat diese „Revolution der Diplomatie“ nicht stattgefunden. Im Gegenteil. Nach dem Sieg über den Kommunismus fühlten sich die USA darin bestätigt, eine auserwählte Nation zu sein. Selbst politische Feinde wie Joe Biden und Donald Trump sind sich darin einig. Beide glauben an den „Amrican Exceptionalism“, also daran, dass die Vereinigten Staaten eine auserwählte Nation sind, dazu berufen, die Welt zu führen. In einer „Defense Planning Guidance” wurde noch unter Verteidigungsminister Dick Cheney 1992 festgelegt, dass es die „politische und militärische Mission der USA ist, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte“. Die NATO war berufen, überall dort einzugreifen, wo es um amerikanische Interessen ging. In diesem Sinne erklärte auch George W. Bush während seiner Kandidatur für die Präsidentschaft: „Der allmächtige Gott und die Geschichte haben Amerika als Vorbild für die Welt auserwählt“.

1. **Die Ukraine-ein Kernland für die amerikanische Vorherrschaft**

In seinem Buch „The grand Chessboard: American Primacy and its Geostategic Imperatives” hat Zbigniew Brzezinski dargelegt, dass in Eurasien, also im Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok, wie auf einem Schachbrett, entschieden wird, welches Land in Zukunft die Welt führen wird. Dabei hat er der Oberhoheit über die Ukraine eine ganz entscheidende Bedeutung beigemessen. Für ihn war die Vormachtstellung über die Ukraine die grundsätzliche Voraussetzung für die Hegemonie in Eurasien.

Deshalb müsse alles getan werden, um die Dominanz einer gegnerischen Macht über die Ukraine zu verhindern. Brzezinski kann also durchaus als Vordenker für den Krieg in der Ukraine erachtet werden. Er hat immer wieder ganz offen gesagt: ohne die Ukraine ist Russland keine Vormacht mehr.

Entscheidend ist auch, dass die neue Sicherheitsordnung in Europa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gegen Russland aufgebaut wurde. Hatte die westliche Politik im Kalten Krieg durchaus defensiven Charakter, was auch in einer defensiven Haltung der NATO zum Ausdruck kam, so gingen die USA nach dem Zusammenbruch des Kommunismus offensiv vor. Wollte man im Kalten Krieg den Gegner durch „Containment“ in Schranken halten, so sollten in der „neuen internationalen Ordnung“ Widersacher durch „Regime change“ und „Roll-back“ in die Knie gezwungen werden. Victoria Nuland hat diese Haltung schon vor Jahren sehr klar zum Ausdruck gebracht, wenn sie feststellte, die USA gaben in der Ukraine so viele Milliarden Dollar aus, dass sie nunmehr auch das Recht hätten, dort die Politik zu bestimmen.

Starke Verbündete in ihrer Politik gegen Russland fanden die USA in den früheren kommunistischen Staaten Osteuropas, insbesondere mit Polen und im Baltikum. Während das „Friedensprojekt Europa“ nach dem Zweiten Weltkrieg darin bestand, dass Jahrhunderte dauernde Erb Feindschaften beigelegt wurden, waren diese Länder bestrebt, die durch die NATO- Mitgliedschaft gewonnene Stärke gegen Russland einzusetzen. Man glaubte auch, nur dann zum Westen zu gehören, wenn man sich Moskau gegenüber möglichst aggressiv gebärdete. Exponenten der amerikanischen Außenpolitik wie John McCain unterstützten diese Haltung unter dem Motto „Euer Kampf gegen Russland ist unser Kampf“.

Und dieser Kampf wurde jahrelang systematisch vorbereitet und betrieben. Ein entscheidender Punkt dabei war die Diabolisierung von Wladimir Putin, die schon sehr bald nach seiner Wahl zum Präsidenten Russlands eingesetzt hat. Das klare Ziel war, die westliche Öffentlichkeit im Kampf gegen Russland zu motivieren und zu mobilisieren. Diese Haltung zeigte sich bereits in einer Titelgeschichte des „*Economist*“ im November 2003. Darin wurde Putin als „Vlad the Impaler“, also als Blutsauger dargestellt. Putin wurde bei jeder Gelegenheit als „das Böse schlechthin“ bezeichnet. Ziel dabei war es, in Moskau einen

Regime-change zu erreichen, sowie die Bereitschaft, gegen Russland zu kämpfen. Ein wesentlicher Teil dieses Kampfes bestand darin, die amerikanische Oberhoheit über die Ukraine zu erreichen.

1. **Europa hat die „Logik des Krieges“ übernommen**

Während in Europa zwei Generationen lang die Integration als Friedensprojekt verwirklicht wurde, war für die amerikanischen Eliten der Krieg immer ein Teil der Außenpolitik nach dem Motto „Foreign Policy without the Backing oft he Military is like a Base-ball Game without a Base-ball Bat“.

In diesem Sinne haben die USA die Europäer immer gedrängt, sich an ihren Kriegen sowie an ihrer kriegerischen Politik zu beteiligen. Als sich der französische Staatspräsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder 2003 weigerten, an der Irak- Invasion teilzunehmen, führte das zu ernsthaften transatlantischen Spannungen. „French Fries“ wurden in „Freedom Fries“ umbenannt. Als der amerikanische Präsident George W. Bush beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008 massiv für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens eintrat, haben die europäischen Verbündeten noch zu einem behutsameren Vorgehen geraten. Sie wussten, dass Russland alles tun würde, um zu verhindern, dass sich die NATO des Flottenstützpunkts von Sewastopol bemächtigte. Dieser war immerhin seit Katharina der Großen ein Vorposten der russischen Sicherheitspolitik.

Ganz entscheidend war dann, dass die Europäische Union im Jahre 2013 von der Ukraine verlangte, sich durch die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens ganz an den Westen zu binden. Eine Brückenfunktion zwischen der EU und Russland wurde der Ukraine nicht zugestanden.

Die Erwartungshaltung in der Ukraine vor der beabsichtigten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens war groß. Offensichtlich glaubten viele, dadurch würde der Lebensstandard dramatisch gehoben, die anstehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme könnten damit gelöst werden. Als dann die ukrainische Regierung im November 2013 erklärte, das Assoziierungsabkommen aussetzen zu wollen, kam es zu Demonstrationen auf dem Maidan, die im Februar 2014 zu einem Regime-change führten. Der demokratisch gewählte Präsident Viktor Janukowytsch wurde durch einen Putsch gestürzt und musste außer Landes fliehen.

Kurz darauf besetzten russische Truppen die Krim. Der pro-westliche Milliardär Poroschenko wurde Staatspräsident. Am 27. Juni 2014 wurde das EU-Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Das neue Parlament in Kiew beschloss, UkrainerInnen mit russischer Muttersprache deren Gebrauch zu untersagen. Im Gegenzug erklärten sich die Regierungen Donezk und Lugansk unabhängig, was zum Krieg im Osten des Landes führte.

Während also die Europäer beim NATO-Gipfel 2008 noch versucht hatten, hinsichtlich der Mitgliedschaft der Ukraine eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind sie nur wenige Jahre später total auf die amerikanische Linie eingeschwenkt. An den Demonstrationen auf dem Maidan haben neben zahlreichen amerikanischen Spitzenpolitikern auch europäische teilgenommen. Die Ukraine sollte voll und ganz in die westliche Einflusssphäre integriert werden. In den folgenden Jahren konnte die NATO in der Ukraine eine Armee von 700 000 Mann aufbauen. Abkommen mit Russland, wie jenes in Minsk, wurden nur unterzeichnet, um Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen

Bis 2020 verfügte die Ukraine über eine Streitmacht, die größer war als die Armeen Großbritanniens Frankreichs und Deutschlands zusammen. Das war eine Entwicklung, die Russland als Bedrohung ansehen konnte. Dazu kam noch, dass die USA 2019 einseitig aus dem INF (Intermediate Nuclear Force)-Vertrag ausstiegen. Dieser Vertrag hatte den Einsatz von Raketen mit einer Reichweite von 5500 km in Europa untersagt.

Trotz immer noch bestehender Vorbehalte anderer NATO-Mitglieder drängten die USA massiv weiter auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, so auch im September 2021. Zu diesem Zeitpunkt war Kiew so weit aufgerüstet, dass die Möglichkeit bestand, die Rebellion der russischsprachigen Bevölkerung im Osten niederzuschlagen. Von russischer Seite wird behauptet, eine entsprechende ukrainische Großoffensive wäre für Anfang 2022 geplant gewesen.

Zur selben Zeit, im Dezember 2021, forderte Präsident Putin offiziell schriftliche Sicherheitsgarantien, um Bedrohungen Russlands durch eine NATO- Erweiterung zu verringern. Gedacht war an eine militärische Neutralität der Ukraine, die Stationierung von US-Truppen an der russischen Grenze zu verbieten und die Stationierung von Raketen in Europa einzuschränken. Das russische Außenministerium legte einen entsprechenden Vertragsentwurf vor, der weitgehend dem entsprach, was bereits Boris Jelzin 1997 gefordert hatte. Wie NATO-Generalsekretär Stoltenberg später betonte, wurden die russischen Vorschläge „nicht einmal ignoriert“.

Moskau wollte Verhandlungen über eine militärische Neutralität der Ukraine. Da der Westen darauf nicht einging, kam Clausewitz zum Tragen: Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Washington wusste das, als es Verhandlungen ablehnte. Man entschied sich für das Risiko eines Krieges, anstatt einen Kompromiss mit Moskau zu suchen.

Es war dann der damalige britische Premierminister Boris Johnson, der nach Kiew flog und darauf bestand, dass bereits begonnene Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine sofort abgebrochen würden. Mit Putin könne man nicht verhandeln; und der Westen wird den Krieg in der Ukraine unterstützen „as long as it takes“. Damit war Europa endgültig auf Kriegskurs, wobei insbesondere führende europäische Medien diese Politik voll und ganz unterstützten. Im Februar 2024 konnte man in der „Financial Times“ lesen „EU shifts funding focus from climate to defence“. Als Grund für diese neuen Prioritäten bei den Ausgaben wurde der Krieg in der Ukraine genannt

Während der letzten Jahre wurden auch massive Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, unter denen EU-Bürger oft mehr leiden als die Russen. Entscheidend ist, dass sich in der Führungsriege der Europäischen Union ein neues Bewusstsein durchgesetzt hat, das mehr auf militärische Stärke setzt als auf diplomatische Verhandlungen. Selbst Außenminister treten jetzt dafür ein, dass die Verteidigungsbudgets erhöht werden und die Europäische Union hat einen eigenen Verteidigungskommissar erhalten. Das „Friedensprojekt Europa“ gibt es nicht mehr. Es wurde von einer Militärallianz abgelöst.

1. ***DER DIPLOMATIE EINE CHANCE!***

Angesichts der herrschenden Kriegshysterie wurde die Diplomatie total in den Hintergrund gedrängt. Noch mehr: Wesenselemente der Diplomatie werden diskreditiert. Jahrhundertelang war es Teil der Diplomatie, den anderen, Freund oder Feind, zu verstehen. Heute ist „Putinversteher“ ein Schimpfwort. Verhandlungen prägten die „Kunst der Diplomatie“. Die meisten Kriege wurden durch diplomatische Verhandlungen beendet. Heute heißt es „mit einem Aggressor spricht man nicht“, womit man sagen will, in der Ukraine wird gekämpft „as long as it takes“, nicht verhandelt. Und wenn Handelsbeziehungen stets ein integraler Teil friedlicher Beziehungen waren und sind, so werden heute jene als „naiv“ hingestellt, die in der Vergangenheit mit Russland im beiderseitigen Interesse Handelsbeziehungen pflegten. Sicherlich ist es nicht möglich, mit Handel alleine Frieden zu erhalten, wenn Medien, die Rüstungsindustrie und Teile der Hochbürokratie auf Krieg ausgerichtet sind, wie das im Westen seit einiger Zeit der Fall ist. Im Gegensatz dazu hat die Diplomatie sogar während des Kalten Krieges immer wieder beachtliche Erfolge verzeichnet und entscheidend zu dessen Beendigung beigetragen.

Zahlreiche diplomatischen Initiativen waren ein wesentlicher Beitrag zu Frieden und Sicherheit. Frühere Feinde einigten sich zumindest auf ein friedliches Nebeneinander, manchmal sogar auf Zusammenarbeit. Natürlich waren diese Übereinkommen jeweils mit Kompromissen verbunden. Wenn man selber „nationale Interessen“ geltend macht, liegt es auf der Hand, dass von der anderen Seite analoge Überlegungen angestellt werden. Heute wird uns eingeredet, jeder Kompromiss bedeutet „Appeasement“, und jedes „Appeasement“ ebnet den Weg für einen „neuen Hitler“. Der Kriegspropaganda sind zur Zeit eben Tür und Tor geöffnet. Aber nach den hunderttausenden Toten und Verwundeten, sowie den Millionen von Flüchtlingen, die der Krieg in der Ukraine schon verursacht hat, wäre es an der Zeit, der Diplomatie wieder eine Chance zu geben und am Friedensprojekt Europa als Basis für die Integration des Kontinents weiter zu arbeiten.

(\*)Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika sowie beim Europarat. Autor www.wendelinettmayer.at